

Herr Claus Munsch	Allianz für Hilden
Herr Rudolf Joseph	FDP
Herr Thomas Remih	FDP
Frau Sabine Kittel	CDU
Herr Ludger Reffgen	BÜRGERAKTION
Herr Prof. Dr. Ralf Bommermann	AfD
Herr Bernd Hoppe	AfD
Frau Martina Reuter	FDP

Von der Verwaltung

Herr 1. Beigeordneter Norbert Danscheidt	Stadt Hilden
Herr Beigeordneter Sönke Eichner	Stadt Hilden
Frau Beigeordnete a. D. Rita Hoff	Stadt Hilden
Frau Gleichstellungsbeauftragte Monika Ortmanns	Stadt Hilden
Frau Kämmerin Anja Franke	Stadt Hilden
Herr Roland Becker	Stadt Hilden
Frau Geri Schwenger	Stadt Hilden
Frau Sonja Ockenfeld	Stadt Hilden
Herr Michael Witek	Stadt Hilden

Abwesende Ratsmitglieder

Frau Claudia Beier	BÜRGERAKTION
Herr Martin Falke	CDU

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

**Einführung und Verpflichtung des neuen Ratsmitgliedes Herrn Klaus Dupke als Nachfolger für Herrn Reinhold Daniels
WP 14-20 SV 01/113**

**Einführung und Verpflichtung des neuen Ratsmitgliedes Frau Martina Reuter als Nachfolger für Herrn Yannick Hoppe
WP 14-20 SV 01/127**

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 CO-Pipeline der Firma Covestro, vormals Bayer-Material Science - Sachstandsbericht

- 3 Allgemeine Ratsangelegenheiten
 - 3.1 Umbesetzungen in Ausschüssen und Gremien
WP 14-20 SV 01/115
 - 3.2 Wiederwahl der Beigeordneten Rita Hoff
WP 14-20 SV 10/071
 - 3.3 Änderung der Zuständigkeitsordnung
WP 14-20 SV 01/114
 - 3.4 Einnahmen aus Nebentätigkeiten: Anzeige nach § 17 Abs. 2 Korruptionsbekämpfungsgesetz
WP 14-20 SV 01/124
 - 3.5 Selbstverpflichtungserklärung Transparency International - Deutschland e.V.
WP 14-20 SV 01/112
 - 3.6 Beantragte sonntägliche Verkaufsöffnungen für das Jahr 2019
WP 14-20 SV 32/028
 - 3.7 Dringlichkeitsentscheidung vom 11.01.2019 über die Bereitstellung eines überplanmäßigen Aufwands im Produkt 060101 "Förderung von Kindern im Alter von 0 bis 6 Jahren".
WP 14-20 SV 51/250
- 4 Angelegenheiten des Stadtentwicklungsausschusses
 - 4.1 Bericht über den Stand der Bauleitplanverfahren (Januar 2019)
WP 14-20 SV 61/216/1
 - 4.2 Eintragung des Gebäudes Kalstert 51 in die Denkmalliste
WP 14-20 SV 60/058
 - 4.3 Bebauungsplan Nr. 255 für den Bereich Karnaper Straße/Diesterwegstraße/Eisenbahntrasse im Stadtteil Hilden Süd; Abhandlung der Stellungnahmen aus der ersten Offenlegung: erneuter Offenlagebeschluss
WP 14-20 SV 61/223
- 5 Angelegenheiten des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz
 - 5.1 Pflege der städtischen Grünflächen
WP 14-20 SV 68/050
- 6 Angelegenheiten des Jugendhilfeausschusses
 - 6.1 Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung 2019 ff.
WP 14-20 SV 51/236
- 7 Angelegenheiten des Paten- und Partnerschaftsausschusses

- 7.1 30 Jahre Partnerschaft mit NM a) Entsendung einer offiziellen Delegation in die Partnerstadt; b) Einladung einer offiziellen Delegation nach Hilden
WP 14-20 SV 01/125/1
- 8 Haushalts- und Gebührenangelegenheiten
- 8.1 Kenntnisnahme der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und investiven Auszahlungen für die Zeit vom 01.11.2018 bis 31.12.2018
WP 14-20 SV 20/104
- 8.2 Haushaltssatzung 2019 und mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung bis 2022
WP 14-20 SV 20/111
- 9 Anträge
- 9.1 Finanzielle Unterstützung der Kläger gegen die CO-Pipeline der Fa. Covestro; Antrag der FDP-Fraktion
WP 14-20 SV I/015
- 9.2 Antrag der Fraktion Allianz für Hilden: "Einrichtung eines Gewerbestrukturfonds zur Steuerung der Neuansiedlung von gewünschten Gewerben"
WP 14-20 SV 80/028
- 9.3 Antrag der Fraktion Allianz für Hilden „Potenzialermittlung versiegelte Brachflächen und Nutzungszuführung"
WP 14-20 SV 80/029
- 9.4 Ausbau der A3: Lärminderungsmaßnahmen
Antrag der Fraktion ALLIANZ für Hilden vom 28.01.2019
WP 14-20 SV 61/225
- 9.5 Informationsangebot zum Ausbau der Autobahn A 3
Antrag der Fraktion Allianz für Hilden vom 28.01.2019
WP 14-20 SV 61/224
- 9.6 Antrag der Allianz für Hilden v. 28.01.19 - Befristung von Mietverträgen für sozialen Wohnraum
WP 14-20 SV 50/145
- 9.7 Antrag der Allianz für Hilden v. 28.01.2019 - Ankauf von Belegungsrechten
WP 14-20 SV 50/144
- 9.8 Antrag der Ratsfraktion Bündnis90/Die Grünen vom 12.03.2019 - Streichung der Landesmittel für die ZWAR-Zentralstelle NRW in Dortmund durch die CDU/FDP-Landesregierung
WP 14-20 SV 50/151
- 9.9 Antrag der Allianz für Hilden vom 28.01.2019 - Nachweispflicht über Verwendung städtischer Zuschüsse
WP 14-20 SV III/011
- 9.10 Resolution zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge; Antrag der Fraktion Bür-

10 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

11 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

11.1 Antrag der Fraktion SPD: Prüfauftrag
WP 14-20 SV 01/127 WP 14-20 SV 01/113

Um 17.30 Uhr wird eine Einwohnerfragestunde durchgeführt mit einer zeitlichen Begrenzung von 30 Minuten.

Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende, Bürgermeisterin Birgit Alkenings, eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums, die Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörer. Sie stellte fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Einführung und Verpflichtung des neuen Ratsmitgliedes Herrn Klaus Dupke als Nachfolger für Herrn Reinhold Daniels

Bürgermeisterin Birgit Alkenings bat Herrn Klaus Dupke zu sich und verpflichtete ihn mit den Worten:

“Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Gemeinde erfüllen werde.“

Während der Verpflichtung hatten sich alle Anwesenden von ihren Plätzen erhoben.

Einführung und Verpflichtung des neuen Ratsmitgliedes Frau Martina Reuter als Nachfolger für Herrn Yannick Hoppe

Bürgermeisterin Birgit Alkenings bat Frau Martina Reuter zu sich und verpflichtete sie mit den Worten:

“Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Gemeinde erfüllen werde.“

Während der Verpflichtung hatten sich alle Anwesenden von ihren Plätzen erhoben.

Änderungen zur Tagesordnung

Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde meldete sich niemand.

1 Befangenheitserklärungen

keine

2 CO-Pipeline der Firma Covestro, vormals Bayer-Material Science - Sachstandsbericht

Bezüglich der CO-Pipeline der Fa. Covestro lagen keine neuen Informationen vor.

-

3 Allgemeine Ratsangelegenheiten

-

3.1 Umbesetzungen in Ausschüssen und Gremien

WP 14-20 SV
01/115

Beschlussvorschlag:

Der Rat entsendet

1. auf Antrag der SPD in den

Haupt- und Finanzausschuss
als stimmberechtigtes Mitglied
(anstelle von *Reinhold Daniels*)

Kevin Buchner

Personalausschuss
als stimmberechtigtes Mitglied
(anstelle von *Reinhold Daniels*)

Klaus Dupke

Rechnungsprüfungsausschuss
als stimmberechtigtes Mitglied
(anstelle von *Torsten Brehmer*)

Hans-Jürgen Weber

Schul- und Sportausschuss
als stellv. stimmberechtigtes Mitglied
für Klaus Dupke
(anstelle von *Walter Haas (sB)* und
Henrike Lindenberg (sB))

Ratsmitglieder in der Reihenfolge
der Reserveliste

Stadtentwicklungsausschuss
als stellv. stimmberechtigtes Mitglied
für Klaus Cohausz (sB)
(anstelle von *Klaus Dupke*)

Ratsmitglieder in der Reihenfolge
der Reserveliste

Wahlprüfungsausschuss
als stimmberechtigtes Mitglied
(anstelle von *Reinhold Daniels*)

Klaus Dupke

Wirtschafts- und Wohnungsbauförderungsausschuss
als stimmberechtigtes Mitglied
(anstelle von *Reinhold Daniels*)

Dagmar Hebestreit

Aufsichtsrat Grundstücksgesellschaft Stadtwerke Hilden GmbH
als stellv. stimmberechtigtes Mitglied
für Kevin Buchner
(anstelle von *Reinhold Daniels*)

Klaus Dupke

Aufsichtsrat Infrastrukturentwicklungsgesellschaft mbH
als stellv. stimmberechtigtes Mitglied
für Kevin Buchner
(anstelle von *Reinhold Daniels*)

Klaus Dupke

Aufsichtsrat GkA Grundstücksgesellschaft Hilden mbH
als stimmberechtigtes Mitglied

Steffen Kirchhoff

(anstelle von *Reinhold Daniels*)

als stellv. stimmberechtigtes Mitglied
für Torsten Brehmer
(anstelle von *Steffen Kirchhoff*)

Hans-Jürgen Weber

Aufsichtsrat Stadtmarketing Hilden GmbH
als stellv. stimmberechtigtes Mitglied
für Dagmar Hebestreit
(anstelle von *Reinhold Daniels*)

Dominik Stöter

Zweckverband Sparkasse Hilden-Ratingen-Velbert-Verbandsversammlung
als stimmberechtigtes Mitglied
(anstelle von *Reinhold Daniels*)

Sandra Kollender

Zweckverband Sparkasse Hilden-Ratingen-Velbert-Verwaltungsrat
als stellv. stimmberechtigtes Mitglied
für Hans-Werner Schneller
(anstelle von *Reinhold Daniels*)

Kevin Buchner

Aufsichtsrat Seniorendienste Stadt Hilden gGmbH
als stimmberechtigtes Mitglied
(anstelle von *Sandra Kollender*)

Torsten Brehmer

2. auf Vorschlag der Stadtschulpflegschaft in den

Schul- und Sportausschuss
als beratendes Mitglied
(anstelle von *Axel Daldorf*)

Jens Wachten

als stellv. beratendes Mitglied
für Jens Wachten
(anstelle von *Jens Wachten*)

Tanja Abel-Hardt

3. auf Vorschlag des Jugendparlaments in den

Schul- und Sportausschuss
als stellv. beratendes Mitglied
für Maike Elsen
(anstelle von *Manuel Clunie*)

Leon Patzelt

4. auf Antrag der FDP in den (*Umbesetzungswünsche wurden während der Ratssitzung bekannt gegeben*)

Integrationsrat

als stimmberechtigtes Mitglied (anstelle von <i>Yannick Hoppe</i>)	Martina Reuter
als stellv. stimmberechtigtes Mitglied (anstelle von <i>Thomas Remih</i>)	Ratsmitglieder in der Reihenfolge der Reserveliste
<u>Zweckverband Gesamtschule Langenfeld Verbandsversammlung</u>	
als stimmberechtigtes Mitglied (anstelle von <i>Yannick Hoppe</i>)	Thomas Remih
als stellv. stimmberechtigtes Mitglied (anstelle von <i>Thomas Remih</i> und <i>Rudolf Joseph</i>)	Ratsmitglieder in der Reihenfolge der Reserveliste
<u>Zweckverband VHS Verbandsversammlung</u>	
als stimmberechtigtes Mitglied (anstelle von <i>Yannick Hoppe</i>)	Martina Reuter
als stellv. stimmberechtigtes Mitglied	Ratsmitglieder in der Reihenfolge der Reserveliste
<u>Jugendhilfeausschuss</u>	
als stimmberechtigtes Mitglied (anstelle von <i>Martina Reuter</i>)	Julia Gerhard
als stellv. stimmberechtigtes Mitglied (anstelle von <i>Yannick Hoppe</i>)	Dörthe Dylewski
<u>Schul- und Sportausschuss</u>	
als stimmberechtigtes Mitglied (anstelle von <i>Julia Gerhard</i>)	Uwe Gramminger
als stellv. stimmberechtigtes Mitglied	Ratsmitglieder in der Reihenfolge der Reserveliste
<u>Rechnungsprüfungsausschuss</u>	
als stellv. stimmberechtigtes Mitglied (anstelle von <i>Yannick Hoppe</i>)	Ratsmitglieder in der Reihenfolge der Reserveliste
<u>Aufsichtsrat Verkehrsgesellschaft</u>	
als stellv. stimmberechtigtes Mitglied (anstelle von <i>Yannick Hoppe</i>)	Rudolf Joseph
<u>Aufsichtsrat Grundstücksgesellschaft</u>	
als stellv. beratendes Mitglied (anstelle von <i>Yannick Hoppe</i>)	Thomas Remih
<u>Aufsichtsrat Infrastrukturgesellschaft</u>	
als stellv. beratendes Mitglied (anstelle von <i>Yannick Hoppe</i>)	Thomas Remih

Der Rat nahm davon Kenntnis, dass

1. die SPD für den

Wirtschafts- und Wohnungsbauförderungsausschuss
als stellv. Vorsitzenden
(anstelle von *Reinhold Daniels*)

Dominik Stöter

2. der Präsident des Landgerichtes Düsseldorf für den

Jugendhilfeausschuss
als stellv. beratendes Mitglied
(anstelle von Richterin *Claudia Baumann*)

Richterin Sonja Wilczek

3. der Vorsitzende des Jugendparlamentes für den

Jugendhilfeausschuss
als beratendes Mitglied
(anstelle von *Halim Aoudia*)

Anne Herchen

als stellv. beratendes Mitglied
für Anne Herchen
(anstelle von *Anne Herchen*)

Paula Buschmann

benannt/ bestellt hat.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

Bürgermeisterin Alkenings hat sich an der Abstimmung gem. § 58, Abs. I GO NRW i. V. m. § 40, Abs. II GO NRW nicht beteiligt.

3.2 Wiederwahl der Beigeordneten Rita Hoff

WP 14-20 SV
10/071

Fr. Hoff verließ zur Beratung und Abstimmung den Saal.

Rm Reffgen/ BA machte darauf aufmerksam, dass der Stadt unnötige Kosten entstehen, sollte keine Wiederwahl von Frau Hoff erfolgen. Frau Hoff werde im Sommer nächsten Jahres in den Ruhestand wechseln. Demnach sei eine Wiederwahl für alle Beteiligten die einfachste Lösung.

Rm Barata/ SPD vertrat den Standpunkt, dass eine langfristige Perspektive bevorzugt werde und eine Zustimmung daher nicht erfolge.

Rm Bartel/ Bündnis90/Die Grünen und Rm Joseph/ FDP warben für den Beschlussvorschlag. Die Stelle könne auch anschließend neu besetzt werden, zumal dies auch mit der Wahlperiode des Rates übereinstimme. Es gab in der Vergangenheit schlechte Erfahrungen insoweit, dass die Aus-

schreibungen nicht sofort erfolgreich waren. Aufgrund dessen könne Frau Hoff ihre Erfahrungswerte noch weiterhin einbringen.

Rm Munsch/ BA sprach sich dafür aus, Frau Hoff solle das Amt weiterhin ausüben, um aktuelle Projekte zu Ende führen zu können.

Rm Buschmann/ CDU beantragte, im Falle der Nichtwahl die Stelle unverzüglich ausschreiben.

Bürgermeisterin Alkenings teilte mit, dass sie nicht an der Abstimmung teilnehmen werde.

Zunächst wurde über den abgedruckten Beschlussvorschlag abgestimmt. Im Anschluss fand die Abstimmung über den Antrag der CDU statt.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden wählt Frau Rita Hoff für eine erneute Wahlzeit zur Beigeordneten der Stadt Hilden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt gegen 11 Ja-Stimmen Bündnis90/Die Grünen, Allianz für Hilden, FDP und BA ohne Beteiligung der Bürgermeisterin

Antrag CDU:

Im Falle der nicht Wiederwahl wird eine unverzügliche Stellenausschreibung vorgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei 6 Enthaltungen von Bündnis90/Die Grünen und BA

Im Anschluss an die Abstimmung wurde vereinbart, in der Sitzung des Ältestenrates am 16.04.2019 über das weitere Verfahren zu sprechen.

3.3 Änderung der Zuständigkeitsordnung

WP 14-20 SV
01/114

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt beschließt nachfolgende Änderungen der Zuständigkeitsordnung des Rates der Stadt Hilden

1.) In § 5 Absatz 1 Nr. 7, § 6 Absatz 4 Ziffer 5 im Abschnitt für Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz, § 10 und § 11 werden die Paragraphen der GemHVO wie folgt ersetzt:

- § 14 GemHVO durch **§ 13 KomHVO**
- § 14 Abs. 3 GemHVO durch **§ 13 Abs. 1 KomHVO**
- § 24 GemHVO durch **§ 25 Abs. 1 Nr. 2 KomHVO**

2.) § 5 Absatz wird als Ziffer 10 neu eingefügt:

- Ordnungsangelegenheiten

3.) § 6 Absatz 4 im Abschnitt für Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz erhält -ohne inhaltliche Änderung- folgende neue Nummerierung ab Ziffer 5:

dem Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz:

Des Weiteren werden im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz folgende Dinge vorberaten:

1. Aufgaben der lokalen Agenda und des Klimabündnisses,

2. gesamtstädtische Konzepte zu folgenden Bereichen:

- Vorbereitende Flächennutzungsplanung
- Generalentwässerungsplan
- Abwasserbeseitigungskonzept nach § 54 Landeswassergesetz NRW (LWG NRW)
- Abfallwirtschaft, Abfallvermeidung
- Klimaschutz
- Grünordnungsplan
- Gewässer-, Luft-, Boden- und Immissionsschutz
- Forstbetrieb
- Friedhöfe

3. Stellungnahmen der Stadt bei der Beteiligung als Träger öffentlicher Belange im Rahmen von behördlichen Genehmigungsverfahren außerhalb des Baugesetzbuches, soweit bei den beabsichtigten Vorhaben besondere Umweltauswirkungen zu erwarten sind (z.B. Planfeststellungsverfahren, Verfahren zur Aufstellung oder Änderung des Landschaftsplans),

4. Angelegenheiten des Amtes für Gebäudewirtschaft insbesondere investive Neubau- und Unterhaltungsmaßnahmen,

5. Unterlagen gem. § 13 KomHVO zu:

- a) Maßnahmen zur energetischen Verbesserung von städtischen Gebäuden
- b) Schaffung von Grünanlagen (soweit es sich nicht um Spiel- oder Sportplätze sowie Gebäudeaußenanlagen handelt)

6. ortsrechtliche Vorschriften ohne Gebührensatzungen, die den Umwelt-, Landschafts- und Naturschutz betreffen, soweit nicht der Aufgabenbereich des Stadtentwicklungsausschusses berührt wird und

7. verfahrenseinleitende und begleitende Beschlüsse im Rahmen der Bauleitplanung für Grundstücke, die bisher im Außenbereich nach § 35 Baugesetzbuch (BauGB) oder im Geltungsbereich des Landschaftsplanes nach § 16 Landschaftsgesetz NRW (LG NRW) liegen.

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz soll mindestens viermal im Jahr zusammen kommen.

4.) § 9 Absatz 4 erhält folgende Fassung:

- (4) Verpflichtungsermächtigungen nach § 85 GO Abs. 1 sind als erheblich anzusehen, wenn sie 50.000,- € übersteigen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

3.4 Einnahmen aus Nebentätigkeiten: Anzeige nach § 17 Abs. 2 Korruptionsbekämpfungsgesetz

WP 14-20 SV
01/124

Zu diesem Tagesordnungspunkt hatte sich Bürgermeisterin Alkenings zu Beginn der Sitzung für befangen erklärt. Die Sitzungsleitung übernahm Rm. Schreier/CDU.

Der Rat nahm Kenntnis von der Aufstellung der gem. § 17 Abs. 2 Korruptionsbekämpfungsgesetz NRW der Anzeigepflicht unterliegenden Nebentätigkeiten der Bürgermeisterin und des Bürgermeisters a. D. für das Jahr 2018 sowie darüber hinausgehend von der Aufstellung der Nebentätigkeiten, die gem. § 9 Nebentätigkeitsverordnung nicht der Anzeigepflicht unterliegen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden bestätigt die Selbstverpflichtungserklärung für die Mitgliedschaft bei Transparency International – Deutschland e.V. (Anlage 1 der SV).

Die Bürgermeisterin wird beauftragt, im Namen der Stadt Hilden eine Bestätigung der Selbstverpflichtungserklärung abzugeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden stimmt den durch die Stadtmarketing Hilden GmbH beantragten sonntäglichen Verkaufsöffnungen und der Ordnungsbehördlichen Verordnung über die zusätzliche Öffnung von Verkaufsstellen zu.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen gegen 5 Nein-Stimmen von Bündnis90/Die Grünen und Rm Reffgen/ BA bei einer Enthaltung von Rm Kittel/ BA

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden genehmigt die vorliegende, von Bürgermeisterin Birgit Alkenings und Ratsmitglied Thomas Remih am 11.01.2019 gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NW gefasste Dringlichkeitsentscheidung über die Bereitstellung eines überplanmäßigen Aufwandes für das Produkt 060101 „Förderung von Kindern im Alter von 0 bis 6 Jahren“ in Höhe von 239.500 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

-

Rm. Joseph/ FDP beantragte die getrennte Abstimmung der Ziffern 1 bis 10 des Beschlussvorschlages.

Alle Fraktionen erklärten sich damit einverstanden, so dass Bürgermeisterin Alkenings getrennt abstimmen ließ.

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss, dass im Jahr 2019 folgende Bauleitplanverfahren von der Stadtverwaltung mit Vorrang bearbeitet werden sollen:

1. 19. Änderung des Flächennutzungsplans für den Bereich Hofstraße / Karnaper Straße / Eisenbahn
Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich abgelehnt gegen 16 Ja-Stimmen von Bürgermeisterin und SPD
2. 52. Änderung des Flächennutzungsplans für den Bereich Diekhaus zwischen A46 / Hühnergraben / Gerresheimer Straße
Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich beschlossen gegen 6 Nein-Stimmen von Bündnis90/Die Grünen und BA
3. Bebauungsplan Nr. 10D für die Grundstücke südlich der Straße Feldstraße
Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich beschlossen gegen 2 Nein-Stimmen von der Allianz für Hilden
4. Bebauungsplan Nr. 103, 3. beschleunigte Änderung für den Bereich Düsseldorfer Straße / Niedenstraße
Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen bei 2 Enthaltungen BA
5. Bebauungsplan Nr. 139 für den Bereich Hofstraße / Karnaper Straße / Eisenbahn
Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich abgelehnt gegen 17 Ja-Stimmen von Bürgermeisterin und SPD
6. Bebauungsplan Nr. 165A für den Bereich Walder Str. 8 (Teilfläche), 14-26 und Kirchhofstr. 15-25
Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen
7. Bebauungsplan Nr. 204A für den Bereich Diekhaus zwischen A46 / Nordring / Hühnergraben / Gerresheimer Straße
Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich beschlossen gegen 6 Nein-Stimmen von Bündnis90/Die Grünen und BA
8. Bebauungsplan Nr. 255 für den Bereich Karnaper Str. / Schürmannstr. / Diesterwegstr. / Eisenbahntrasse
Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich beschlossen gegen 13 Nein-Stimmen von Bündnis90/Die Grünen, Allianz für Hilden, FDP, BA und AfD

Sollte der folgende Bebauungsplan aufgestellt werden, ist er ebenfalls von der Stadtverwaltung mit Vorrang zu bearbeiten:

9. Bebauungsplan Nr. 139A für den Bereich Hofstraße 150 (inkl. Hinterland)
Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich beschlossen gegen 13 Nein-Stimmen von Bündnis90/Die Grünen, Allianz für Hil-

den, FDP, BA und AfD

10. Bebauungsplan Nr. 261 für den Bereich der Grundstücke Kirchhofstraße 63 bis 73

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen gegen 2 Nein-Stimmen von Allianz für Hilden bei 2 Enthaltungen von BA

- 4.2 Eintragung des Gebäudes Kalstert 51 in die Denkmalliste

WP 14-20 SV
60/058

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss die Eintragung des Gebäudes Kalstert 51 mit dem historischen Baumbestand in die Denkmalliste.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

- 4.3 Bebauungsplan Nr. 255 für den Bereich Karnaper Straße/Diesterwegstraße/Eisenbahntrasse im Stadtteil Hilden Süd;
Abhandlung der Stellungnahmen aus der ersten Offenlegung: erneuter Offenlagebeschluss

WP 14-20 SV
61/223

Rm. Buchner/ SPD erklärte, dass auch alternative Bebauungsmöglichkeiten realisierbar seien. Aufgrund dessen stellte er den Antrag zur Geschäftsordnung, die Beratung an den nächsten Stadtentwicklungsausschuss zurück zu verweisen.

Rm Reffgen/ BA bat darum, heute über den Beschlussvorschlag abzustimmen, weil das Verfahren insgesamt problembehaftet sei.

Bürgermeisterin Alkenings ließ zunächst über den Antrag zur Geschäftsordnung abstimmen.

-

Abstimmungsergebnis über die Zurückverweisung des Antrags an den Fachausschuss:

Mehrheitlich beschlossen gegen 11 Nein-Stimmen von Bündnis90/Die Grünen, Allianz für Hilden, FDP und BA

Damit erübrigte sich eine Abstimmung über den Beschlussvorschlag.

5 Angelegenheiten des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz

-

- 5.1 Pflege der städtischen Grünflächen

WP 14-20 SV
68/050

Rm Munsch/ Allianz für Hilden teilte mit, dass für seine Fraktion eine Aufstockung des Personals nur nach der Organisationsuntersuchung in Frage komme, die seine Fraktion im Stadtentwicklungsausschuss beantragt hat. Den zusätzlichen Finanzmitteln für Fremdvergaben werde die Allianz für Hilden zustimmen. Er machte den Vorschlag, den Auftrag an Fremdfirmen bzw. Behindertenwerkstätten zu vergeben. Daraufhin informierte Bürgermeisterin Alkenings, dass bereits Fremdvergaben, auch an Behindertenwerkstätten, erfolgen.

Reffgen/ BA bat darum, die Probleme und Defizite in der Grünflächenpflege anzuerkennen und die Verwaltung mit Zustimmung zum gesamten Beschlussvorschlag handlungsfähig zu machen. Rm Buschmann/ CDU vertrat die Auffassung, dass die Verwaltung die Flächenpflege mit dem vorhandenen Personal bewältigen können muss. Sie beantragte, den Beschlussvorschlag zu ändern. Statt 200.000 € solle dort 100.000 € stehen.

Rm Joseph/ FDP vertrat die Meinung, die personelle Aufstockung sei begründet und nachvollziehbar dargestellt worden. Des Weiteren gab er zu bedenken, dass eine Reduzierung der finanziellen Mittel keine Problemlösung sei, sondern weitere Probleme nach sich ziehe.

Rm Bartel/ Bündnis 90/Die Grünen sprach sich für den Beschlussvorschlag aus, um z. B. mehr Blühwiesen in der Stadt schaffen zu können.

Rm Wannhof/ SPD schloss sich in Bezug auf die Organisationsuntersuchung Rm Munsch an. Auch wenn den zusätzlichen Stellen heute seitens der SPD nicht zugestimmt werde, sei dies keine Sperre gegen spätere Personalaufstockungen. Er befürwortete die im Beschlussvorschlag mit 200.000 € bezifferten zusätzlichen Finanzmitteln.

Bürgermeisterin Alkenings rief zunächst zur Abstimmung über den weitergehenden, ursprünglichen Beschlussvorschlag (200.000 € Finanzmittel) auf. Sie kündigte an, dass anschließend gegebenenfalls über den Antrag der CDU (100.000 € Finanzmittel) und über die Änderung im Stellenplan gesondert abgestimmt werde. *(Anmerkung der Schriftführung: Zur besseren Lesbarkeit wurden die beiden verschiedenen Themen im Beschlussvorschlag und beim Abstimmungsergebnis mit einer Ziffer versehen.)*

Beschlussvorschlag:

1. Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und unterstützt die Bemühungen zur Intensivierung der Grünflächenpflege.
Die in der Sitzungsvorlage dargestellten organisatorischen und planerischen Optimierungen sind umzusetzen.
Im Haushaltsplan 2019 sowie in der Finanzplanung der Folgejahre sind bei Kostenträger 0106049030 und Kostenart 521156 Haushaltsmittel in Höhe von 200.000 € einzustellen.
2. Im Stellenplan 2019 sind folgende Stellen zusätzlich aufzunehmen:
 - 1 Gärtner/innen Vorarbeiter-Stelle nach EG 06 + Zulage
 - 1 Gärtner/innen-Stelle nach EG 06
 - 1 Hilfspfleger/innen-Stelle mit Werksprüfung nach EG 05
 - 1 Hilfspfleger/innen-Stelle ohne Werksprüfung nach EG 04

Abstimmungsergebnisse:

Zu 1.: Bereitstellung von Finanzmittel in Höhe von 200.000 €:
Mehrheitlich beschlossen gegen 15 Nein-Stimmen von CDU und AfD

Damit erübrigte sich die Abstimmung über den CDU-Antrag: Die Bereitstellung von Finanzmittel in Höhe von 100.000 €.

Zu 2.: Stellenausweitung:

Mehrheitlich abgelehnt gegen 10 Ja-Stimmen von Bündnis90/Die Grünen, FDP, BA und Bürgermeisterin

6 Angelegenheiten des Jugendhilfeausschusses

-

6.1 Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung 2019 ff.

WP 14-20 SV
51/236

Anmerkung der Schriftführung: Die im Beschlussvorschlag erwähnten Anlagen beziehen sich auf die Anlagen zur Sitzungsvorlage.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden nimmt nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss und im Jugendhilfeausschuss die aktuelle Versorgungssituation für Kinder im Alter von null Jahre bis zum Eintritt der Schulpflicht zur Kenntnis und beschließt die konkrete Planung entsprechend IV.3 der Erläuterungen für das Kindergartenjahr 2019/2020.

Die Verwaltung ist ermächtigt, Veränderungen aufgrund geänderter Bedarfe nach der Beschlussfassung im Rahmen der Mittelanmeldung nach dem KiBiz zu berücksichtigen.

Die Jugendhilfeplanung nach dem KiBiz ist der Anlage 3 und der Anlage 4 zu entnehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

7 Angelegenheiten des Paten- und Partnerschaftsausschusses

-

7.1 30 Jahre Partnerschaft mit NM a) Entsendung einer offiziellen Delegation in die Partnerstadt; b) Einladung einer offiziellen Delegation nach Hilden

WP 14-20 SV
01/125/1

Rm Munsch/ Allianz für Hilden benannte Herrn Burchartz als Mitglied der offiziellen Delegation.

Beschlussvorschlag:

Auf der Grundlage des mit der Stadt Nové Město nad Metují geschlossenen Partnerschaftsvertrages beschließt der Rat der Stadt Hilden nach Vorberatung im Paten- und Partnerschaftsausschuss und im Haupt- und Finanzausschuss

- a) die Entsendung einer offiziellen Delegation in die Partnerstadt Nové Město nad Metují in der Zeit vom ~~12. bis 15. September 2019~~ 13. bis 16. September 2019

in der Zusammensetzung

Bürgermeisterin
je 2 Vertreter der Fraktionen der SPD und der CDU
je 1 Vertreter der übrigen Fraktionen
2 Verwaltungsangehörige.

= 12 Personen

Für die teilnehmenden Ratsmitglieder und sachkundigen Bürger wird ein Eigenanteil in Höhe von 110,00 € festgesetzt.

- b) die Einladung einer offiziellen Delegation aus Nové Město nad Metují nach Hilden über das Wochenende 22./23.6.2019 und beauftragt die Verwaltung mit der Vorbereitung und Durchführung dieses Besuches.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

8 Haushalts- und Gebührenangelegenheiten

-

8.1	Kenntnisnahme der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und investiven Auszahlungen für die Zeit vom 01.11.2018 bis 31.12.2018	WP 14-20 SV 20/104
-----	--	-----------------------

Rm Bommermann/ AfD fragte in Bezug auf das Produkt Personalservice (Anlage 1 zur SV) nach der Höhe des Nachzahlungsbetrages. Personaldezernent Danscheidt sagte die Beantwortung zu.

Zusatz der Schriftführung:

Personaldezernent Danscheidt teilte mit, dass der reine Nachzahlungsbetrag ohne Säumniszuschlag für den Zeitraum vom 01.01.2014 bis 31.12.2017 44.789,40 € betrug.

Der Rat der Stadt nahm nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss Kenntnis von den in der Zeit vom 01.11.2018 bis 31.12.2018 bewilligten erteilten Genehmigungen zur Leistung von unerheblichen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen (Anlage 1 der Sitzungsvorlage) und investiven Auszahlungen (Anlage 2 der Sitzungsvorlage).

8.2	Haushaltssatzung 2019 und mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung bis 2022	WP 14-20 SV 20/111
-----	---	-----------------------

Die jeweiligen Vorsitzenden der Fraktionen trugen ihre Haushaltsreden in der Reihenfolge vor, wie sie zu Beginn des Tagesordnungspunktes ausgelost wurde:

Für die SPD-Fraktion hielt Fraktionsvorsitzende Barata die der Niederschrift als Anlage beigefügte Haushaltsrede.

Für die CDU-Fraktion hielt Fraktionsvorsitzende Buschmann die der Niederschrift als Anlage beigefügte Haushaltsrede.

Für die Fraktion Bürgeraktion hielt Fraktionsvorsitzender Reffgen die der Niederschrift als Anlage beigefügte Haushaltsrede.

Für die FDP-Fraktion hielt Fraktionsvorsitzender Joseph die der Niederschrift als Anlage beigefügte Haushaltsrede.

Für die Fraktion Allianz für Hilden hielt Fraktionsvorsitzender Munsch die der Niederschrift als Anlage beigefügte Haushaltsrede.

Für die AfD-Fraktion hielt Fraktionsvorsitzender Hoppe die der Niederschrift als Anlage beigefügte Haushaltsrede.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hielt Fraktionsvorsitzender Bartel die der Niederschrift als Anlage beigefügte Haushaltsrede.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden

1. beschließt die als Anlage beigefügt Haushaltssatzung für das Jahr 2019,
2. beschließt die Fortsetzung folgender freiwilliger Maßnahme für einen weiteren Zeitraum von maximal drei Jahren (bis zum 31.12.2021):

Amt	Produkt	Empfänger	Verwendungszweck	Betrag in 2019	Beschluss vom
50	050101 Seniorenarbeit	AWO, Diakonisches Werk, Kath. Kirchengemeinde	Richtlinien zur Förderung der Nachbarschaftszentren	205.000 €	16.03.2016
50	050101 Seniorenarbeit	Hildener Senioren	Seniorenmesse	3.000 €	
50	050201 Hilfe in besonderen Lebenslagen	Freizeitgemeinschaft	Kontrakt →Förderung von Inklusion und Integration von Menschen mit Behinderungen in der Stadt Hilden	183.038 €	16.03.2016
50	050301 Hilfe zum Lebensunterhalt	SKFM Hilden	Kontrakt →Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung einschließlich Präventionsarbeit	83.100 €	16.03.2016
51	060101 Förderung von	DRK Familienbildungswerk	Finanzierung des Sprachförderange-	10.400 €	16.03.2016

Amt	Produkt	Empfänger	Verwendungszweck	Betrag in 2019	Beschluss vom
	Kindern im Alter von 0 bis 6 Jahren	Hilden	botes „Griffbereit“		

und

3. nimmt die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung bis 2022 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen gegen 13 Nein-Stimmen von Bündnis90/Die Grünen, Allianz für Hilden, FDP, BA und AfD

9 Anträge

-

9.1 Finanzielle Unterstützung der Kläger gegen die CO-Pipeline der Fa. Covestro; Antrag der FDP-Fraktion

WP 14-20 SV
I/015

Aufgrund einer Nachfrage seitens Rm Bommermann/ AfD korrigierte Bürgermeisterin Alkenings die in der Sitzungsvorlage genannten finanziellen Auswirkungen dahingehend, dass der finanzielle Aufwand nicht (wie in der Sitzungsvorlage geschrieben) jährlich für die Jahre 2019 bis 2022 in Höhe von 3.000 €, sondern nur einmalig in 2019 veranschlagt wird.

Bürgermeisterin Alkenings wies darauf hin, dass die Kläger nicht gegen die Pipeline, sondern gegen das Planänderungsverfahren Klage eingereicht haben.

Beigeordneter Danscheidt erläuterte auf Nachfrage von CDU und Bündnis90/Die Grünen, dass die Klage des Klägers, der bereits finanziell durch die Stadt Hilden unterstützt wird, aktuell beim Oberverwaltungsgericht liege. Weitere Klagen lägen aufgrund des Bearbeitungsrückstaus bei der niedrigeren Instanz, dem Verwaltungsgericht. Sollte der Rat dem Antrag der FDP folgen, würde die Stadt weitere Kläger unterstützen, deren Verfahren dann auch „nur“ beim Verwaltungsgericht liegen.

Antragstext:

Der Rat möge beschließen:

Zur finanziellen Unterstützung der Privatkörper im Rechtsstreit um die Inbetriebnahme der CO-Pipeline werden 3.000 Euro in den Haushalt 2019 eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt gegen 9 Ja-Stimmen von Allianz für Hilden, FDP, BA und AfD

9.2 Antrag der Fraktion Allianz für Hilden: "Einrichtung eines Gewerbestrukturfonds zur Steuerung der Neuansiedlung von gewünschten Gewerben"

WP 14-20 SV
80/028

Antragstext:

Die Bürgermeisterin wird beauftragt, einen Gewerbestrukturfonds zur Steuerung der Neuansiedlung von gewünschten Gewerben und zur nachhaltigen Wirtschaftsförderung einzurichten. Der Gewerbestrukturfonds hat zum Ziel, den Wirtschafts- und Gewerbestandort Hilden für Neuansiedlungen attraktiver zu machen und so das Gewerbesteuerpotential mittelfristig zu erhöhen und Schwankungsrisiken zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt gegen 2 Ja-Stimmen der Allianz für Hilden

9.3	Antrag der Fraktion Allianz für Hilden „Potenzialermittlung versiegelte Brachflächen und Nutzungszuführung“	WP 14-20 SV 80/029
-----	---	-----------------------

Rm Scholz/ SPD schilderte die Entstehung der aktuellen Gewerbegebiete und kritisierte, dass der vorliegende Antrag zu pauschal sei.

Rm Bartel/ Bündnis90/Die Grünen beantragte die Beratung des Antrags im Fachausschuss.

Rm Barata/ SPD erhob formale Gegenrede, woraufhin Bürgermeisterin Alkenings gemäß § 19 der Geschäftsordnung für den Rat ohne weitere Aussprache über den Vertagungsantrag abstimmen ließ.

Abstimmungsergebnis über Vertagungsantrag:

Mehrheitlich abgelehnt gegen 11 Ja-Stimmen von Bündnis90/Die Grünen, Allianz für Hilden, FDP und BA bei einer Enthaltung der Bürgermeisterin

Antragstext:

Die Bürgermeisterin wird beauftragt, versiegelte Brachflächen im Stadtgebiet zu ermitteln, die aktuell nicht zweckgemäß von Ihren Eigentümern genutzt werden. Sie wird ferner beauftragt, mit diesen Eigentümern in den Dialog einzutreten mit dem Ziel, diese Brachflächen der zweckgemäßen Nutzung, also zur Ansiedlung von gewerbesteuerträchtigem Gewerbe oder der Schaffung von Wohnraum, zuzuführen. Über den Status dieser Beauftragung hat die Bürgermeisterin vierteljährlich im Rat, nichtöffentlicher Teil zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt gegen 2 Ja-Stimmen von Allianz für Hilden bei 4 Enthaltungen von Bündnis90/Die Grünen

9.4	Ausbau der A3: Lärminderungsmaßnahmen Antrag der Fraktion ALLIANZ für Hilden vom 28.01.2019	WP 14-20 SV 61/225
-----	--	-----------------------

Der Antrag wurde Seitens der Allianz für Hilden zurückgezogen, da unter TOP 9.5 ein konkreter Antrag in Bezug auf die Information der Bürger zur Beratung stehe, worum es der Allianz für Hilden im Kern gehe.

9.5	Informationsangebot zum Ausbau der Autobahn A 3 Antrag der Fraktion Allianz für Hilden vom 28.01.2019	WP 14-20 SV 61/224
-----	--	-----------------------

In einem Meinungsaustausch, an dem sich SPD, Bündnis90/Die Grünen, Allianz für Hilden, FDP und BA beteiligten, einigten sich die Mitglieder des Rates darauf, diesen Antrag heute nicht zur

Abstimmung zu stellen, sondern im Ältestenrat zu besprechen.

Antragstext:

Die ALLIANZ für Hilden beantragt, dass künftig in jeder Ratssitzung ein Tagesordnungspunkt zum Thema „Erneuerung der Autobahnbrücke am Hildener Kreuz und Ausbau der Autobahn A3“ aufgenommen wird und hier schriftlich über den aktuellen Stand der Aus- und Umbaumaßnahmen berichtet wird.

Zudem soll auf der Internetseite der Stadt Hilden für alle BürgerInnen der Stand der Planung mit allen Schritten des Bauvorhabens transparent gemacht werden.

Abstimmungsergebnis:

Ohne Abstimmung in die nächste Ratssitzung vertagt.

9.6	Antrag der Allianz für Hilden v. 28.01.19 - Befristung von Mietverträgen für sozialen Wohnraum	WP 14-20 SV 50/145
-----	--	-----------------------

Die Fraktionen SPD, Bündnis90/Die Grünen, FDP, BA und AfD äußerten rechtliche Bedenken zur Forderung des Antrags.

Da sich einige Fraktionen positiv gegenüber der Fehlbelegungsabgabe äußerten, schlug Bürgermeisterin Alkenings vor, das Thema auf die Tagesordnung des nächsten Ältestenrates zu setzen. Dort könne über eine Resolution an das Land NRW zur Wiedereinführung der Fehlbelegungsabgaben beraten werden.

Der Antrag wurde Seitens der Allianz für Hilden zurückgezogen.

9.7	Antrag der Allianz für Hilden v. 28.01.2019 - Ankauf von Belegungsrechten	WP 14-20 SV 50/144
-----	---	-----------------------

Die Fraktion SPD und AfD äußerten Bedenken, dass ein positiver Effekt auf den Hildener Wohnungsmarkt eintreten werde. Neben steigenden Kosten für die Stadt sei auch folgendes zu erwarten:

- weniger Wohnungen für Menschen mit mittlerem Einkommen (SPD)
- ungewollte Verdrängungswettbewerbe könnten angestoßen werden (SPD, AfD)
- hoher Verwaltungsaufwand (AfD)
- keine zusätzlichen Wohnungen (AfD)

Rm Reffgen/BA sieht in der beantragten Maßnahme nur eine Möglichkeit, um dem Druck auf den sozialen Wohnungsmarkt zu begegnen. Weitere Maßnahmen müssten folgen.

Antragstext:

Ankauf von Belegungsrechten

Die Bürgermeisterin wird vor dem Hintergrund abschmelzender Bestände im öffentlich geförderten Wohnungsbau beauftragt, Richtlinien für die „Gewährung von Zuschüssen zum Erwerb von Belegungs- und Mietpreisbindungen“ zu entwerfen und dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.

Die Stadt Hilden soll dieses städtische Förderprogramm anbieten, um freifinanzierte Wohnungen aus dem Bestand für die Vermietung an einkommensschwache Haushalte zu akquirieren, die sich am Wohnungsmarkt nicht angemessen versorgen können und auf Unterstützung angewiesen sind.

Wohnungseigentümerinnen und -eigentümer erhalten einen Zuschuss von 3,00 Euro je Quadratmeter Wohnfläche, welcher auf eine Vertragslaufzeit von 10 oder 15 Jahren hochgerechnet wird.

Als Gegenleistung darf die Wohnung mindestens für die Vertragslaufzeit nur an Haushalte vermietet werden, die durch das Amt für Soziales und Integration vorgeschlagen werden. Darüber hinaus darf die Miete für die Vertragsdauer die so genannten „angemessenen Kosten der Unterkunft“ nicht übersteigen. Eine jährliche Anhebung der Miete um 1,5 Prozent - bezogen auf die Ausgangsmiete - darf möglich sein.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt gegen 8 Ja-Stimmen von Bündnis90/ Die Grünen, Bürgeraktion und Allianz für Hilden und BA

9.8	Antrag der Ratsfraktion Bündnis90/Die Grünen vom 12.03.2019 - Streichung der Landesmittel für die ZWAR-Zentralstelle NRW in Dortmund durch die CDU/FDP-Landesregierung	WP 14-20 SV 50/151
-----	--	-----------------------

Rm C. Schlottmann/ CDU erklärte, dass die Seniorenarbeit eine kommunale Aufgabe sei. Die ZWAR Dortmund sollte ein Jahr begleitet werden, um sich im Anschluss zurückziehen zu können. Aufgrund dessen wurde eine Zielsetzung festgelegt, dass mindestens 30 Gruppengründungen erreicht werden sollen. Dies sei leider nicht gelungen. Mittlerweile seien die Netzwerkgruppen trotzdem sehr gut aufgestellt und können sich nun eigenständig aufrechterhalten.

Beigeordneter Eichner verwies auf die konstruktive Begleitung der ZWAR. Diese habe einen erheblichen Beitrag zur Quartiersentwicklung beigetragen und auch der Verwaltung beratend zur Seite gestanden. Durch die effektive Vernetzung und den geringen Tagessatz ermögliche man der Stadt zielgruppengerichtet zu agieren. Dies sei eine wichtige und wertvolle Aufgabe der ZWAR.

Bürgermeisterin Alkenings teilte den Fraktionen mit, dass die Abschaffung der Fördermittel keine Schließung der ZWAR-Gruppen in Hilden zur Folge haben werde. Es gehe lediglich um die Zuwendungen an die ZWAR-Zentralstelle NRW. Die Menschen in den Gruppen seien nicht betroffen. Sie hob die gute Beratungsleistung im sozialen Bereich zu einem sehr geringen Tagessatz seitens der ZWAR hervor.

Antragstext:

Der Rat der Stadt Hilden fordert die Landesregierung und den Landtag NRW auf, die von den Koalitionsfraktionen CDU und FDP beschlossene Streichung der Förderung der ZWAR (zwischen Arbeit und Ruhestand)-Zentralstelle NRW ab dem Jahr 2020 rückgängig zu machen. Die Zentralstelle leistet für die Bildung von selbstorganisierten Netzwerken der Bürgerinnen und Bürger ab 55 Jahren einen entscheidenden Beitrag und trägt maßgeblich zur Quartiersentwicklung bei.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen gegen 16 Nein-Stimmen von CDU, Allianz für Hilden und FDP bei einer Enthaltung von Rm Kittel/Allianz für Hilden

9.9	Antrag der Allianz für Hilden vom 28.01.2019 - Nachweispflicht über Verwendung städtischer Zuschüsse	WP 14-20 SV III/011
-----	--	------------------------

Rm Remih/ FDP forderte die sachliche Prüfung der Ausgaben durch die Verwaltung und stellte den Antrag, die Angelegenheit im Prüfungsausschuss zu beraten.

Bürgermeisterin Alkenings machte drauf aufmerksam, dass nicht alle Ausgaben nachgewiesen werden können. Als Beispiel gab sie die Zuschüsse für die Pflege der Kunstrasenplätze an. Mit

diesen Zuschüssen habe der Rat die Vereine zu ehrenamtlicher Tätigkeit motivieren wollen. Daher dürfe die Pflege auch ehrenamtlich erfolgen und der diesbezügliche Zuschuss anderweitig verwendet werden.

Rm Dr. Bommermann/ AfD bestätigte, dass es auch Ausnahmeregelungen gebe, jedoch die Offenlegung der konkreten Zweckbestimmung durch die Vereine und Organisationen erfolgen solle. Seitens der Verwaltung werde zu wenig Wert auf die Überprüfung und Kontrolle dieser Belege gelegt. Es solle dem Steuerzahler die Möglichkeit gegeben werden, die Ausgaben zu verfolgen.

Rm. Buschmann/ CDU verwies darauf, dass die Prüfung der Unterlagen sowie die Kontrolle der zweckendsprechenden Verwendungen einen enormen Arbeitsaufwand zu Folge habe. Die CDU unterstütze nicht, dafür mehr Personal abzustellen.

Rm Reffgen/ BA kritisierte, dass alle über einen Kamm geschert werden, wenn behauptet wird, dass die Nachweise nicht vorgelegt werden.

Rm Munsch/ Allianz für Hilden vertrat die Auffassung, dass Eigenbelege möglich sein sollten. Den Bürgerinnen und Bürgern solle es möglich sein, fünfstellige Beträge nachvollziehen zu können.

Aufgrund des Vorschlags von Rm Remih/ FDP, dieses Thema im Rechnungsprüfungsausschuss zu besprechen, merkte der Leiter des Beratungs- und Prüfungsamtes (BPA) an, dass der Rat dem BPA grundsätzlich Aufträge erteilen könne. Jedoch erstrecke sich die Prüftätigkeit des BPA nicht auf die Prüfung von Externen. Dies sei nur möglich, wenn der Externe zustimmt.

Antragstext:

Die Bürgermeisterin wird beauftragt, alle städtischen Zuschüsse und Vergünstigungen nur noch unter dem Vorbehalt des Verwendungsnachweises und Nachweises der ordnungsgemäßen Vereinsführung/Versteuerung, etc. auszuzahlen. Die Nachweise müssen gegenüber der Verwaltung erbracht werden und sind vom Rechnungsprüfungsamt auf Ordnungsmäßigkeit geprüft werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt gegen 4 Ja-Stimmen von Allianz für Hilden und AfD

9.10 Resolution zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge; Antrag
der Fraktion Bürgeraktion Hilden

WP 14-20 SV
01/128

Rm C. Schlottmann/ CDU und Rm Dr. Bommermann/ AfD gaben zu bedenken, dass Anlieger wesentlich höhere Ansprüche an den Zustand und die Qualität der Straßen haben werden, sobald sie nicht mehr selber dafür aufkommen müssen. Rm C. Schlottmann/ CDU (MdL) berichtet von den aktuellen Diskussionen im Landtag. Sie empfehle, die aktuelle Beratung im Parlament abzuwarten.

Rm Joseph/ FDP sprach sich dafür aus, mit der Resolution ein Signal aus Hilden zu senden.

Rm Bartel/ Bündnis 90/Die Grünen erläuterte die fraktionsinterne Diskussion und kündigte die Enthaltung seiner Fraktion an.

Rm Burchartz/ Allianz für Hilden sprach sich gegen eine Resolution des Rates aus und vertrat die Auffassung, dass die Bürger entscheiden sollen, wer für die Kosten aufkommt. Daher sollten sie selber eine Resolution unterschreiben.

Bürgermeisterin Alkenings erläuterte nochmals die in der Stellungnahme zur Sitzungsvorlage aufgeführten möglichen Probleme, die mit der Abschaffung der Beiträge einhergehen.

Antragstext:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt, folgende Resolution der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen zuzuleiten:

Der Rat der Stadt Hilden fordert die Landesregierung NRW auf, die Bürger per Gesetzesänderung von der Pflicht zur Zahlung von Straßenausbaubeiträgen zu befreien. Der § 8 Kommunalabgabengesetz für das Land NRW wird dahingehend geändert, dass die Rechtsgrundlage für Straßenausbaubeiträge in NRW abgeschafft wird und somit Kommunen keine Ausbaubeiträge mehr von Anliegern erheben müssen. Die Einnahmeausfälle der Kommunen sind durch einheitliche und zweckgebundene Zuweisungen des Landes an die Kommunen zu kompensieren, die ihrerseits aber auch nicht gegengerechnet bzw. verrechnet werden dürfen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen gegen 15 Nein-Stimmen von CDU, und AFD bei 6 Enthaltungen von Bündnis90/ Die Grünen und Allianz für Hilden ohne Beteiligung der Bürgermeisterin

10 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Baudezernentin Hoff setzte die Fraktionen über den eingereichten Bürgerantrag nach § 24 GO bezugnehmend auf die Abschaffung der Straßenbaubeiträge der Baustraße wie folgt in Kenntnis:

„Unter Bezugnahme auf die derzeit geführte Diskussion zur Neuregelung des Straßenbaubeitragsrechts hat ein Anwohner der Baustraße, mit Schreiben vom 21.03.2019 eine Anregung gemäß § 24 GO NRW eingereicht. Im Kern zielt die Anregung darauf ab, die für die Baustraße anstehenden Beitragsbescheide bzw. deren Vollstreckung auszusetzen, bis über eine eventuelle Neuregelung entschieden wurde.

Im Vorfeld der Beratung über diesen Antrag nimmt die Verwaltung zu dem Thema wie folgt Stellung:

*Rechtsgrundlage für die Erhebung u.a. von Straßenbaubeiträgen ist der § 8 des Kommunalen Abgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen. Hiernach **sollen** bei den dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen, Wegen und Plätzen Beiträge erhoben werden. Damit entsteht die Pflicht zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen. Gestützt wird diese Einschätzung durch die Mitteilung des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen. Hier wurde mit Mail vom 16.11.2018 im Rahmen der Kommunalaufsicht zu Recht auf den allgemeinen Grundsatz hingewiesen, dass Gesetze bis zu ihrem Außerkrafttreten anzuwenden sind.*

Eine größere Verzögerung bei der Festsetzung der Straßenbaubeiträge ist nur schwer mit geltendem Recht vereinbar.

Die Verwaltung hält es deshalb, genauso wie der Städte- und Gemeindebund, für rechtlich problematisch, auf eine Festsetzung der Beiträge zu verzichten bzw. nicht zu vollziehen, weil es eine politische Diskussion über mögliche gesetzliche Änderungen gibt.

Darüber hinaus ist auch die Aussetzung der Vollziehung an klare rechtliche Voraussetzungen geknüpft, wie z.B. dem Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Verwaltungsaktes oder eine unbillige Härte. Eine Entscheidung zur Nichterhebung der Abgabe, ohne jeweilige Einzelprüfung ob die Voraussetzungen vorliegen, wäre willkürlich und damit rechtswidrig.

Aus vorgenannten Gründen beabsichtigt die Verwaltung, das anstehende Beitragsverfahren für die Baustraße kurzfristig durchzuführen. Für die betroffenen Grundstückseigentümer bedeutet dies, dass sie zur Wahrung ihrer Rechte Widerspruch einlegen müssten. Bei alleiniger Begründung des

Widerspruchs mit Hinweis auf eine evtl. Gesetzesänderung ist der Widerspruch als unbegründet zurückzuweisen und der Klageweg wird ermöglicht. Darüber hinaus müssen die Beitragspflichtigen einen Antrag auf Aussetzung der Vollziehung nach § 80 Verwaltungsgerichtsordnung bei der Stadt Hilden stellen.

Zusatz:

Anteilige Umlage der entstanden Kosten auf Grundlage der Straßenbaubeitragssatzung

Anteil richtet sich nach dem Nutzen der Anlieger und der Allgemeinheit

Höhe der Anliegerbeiträge: ca. 310.000 €

Anzahl der Beitragsbescheide: 87

Beitragshöhe: Beiträge starten bei ca. 1.000 €

durchschnittlich 5.000 – 6.000 € pro Einfamilienhaus

fünfstellige Beiträge ausschließlich bei größeren Grundstücken mit Mehrfamilienhäusern“

11 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

11.1 Antrag der Fraktion SPD: Prüfauftrag

Rm Buchner/ SPD verlas folgenden Antrag:

„Prüfauftrag:

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Hilden beauftragt die Verwaltung zu prüfen, welche Maßnahmen ergriffen werden können, um das Ehrenamt der freiwilligen Feuerwehr zu stärken und attraktiver zu gestalten. Vorschläge sind in Abstimmung mit der Feuerwehr zu erarbeiten. Es wird gebeten, eine entsprechende Sitzungsvorlage bis zum Rat im Juli zur Beratung zu stellen.

Begründung:

Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr stärken ehrenamtlich die Gefahrenabwehr in unserer Stadt. Sie zeichnen sich durch ihr hohes soziales Engagement aus und stehen der hauptamtlichen Feuerwehr zur jeder Tageszeit als Unterstützung zur Verfügung. Durch ihren unermüdlichen Einsatz können Großeinsätze in Hilden und der Region bewältigt werden.

Nachdem in immer mehr Kommunen ehrenamtliche Feuerwehrleute fehlen, werden im ländlichen Raum bereits Bürgerinnen und Bürger zum Feuerwehrdienst verpflichtet. Auch in unserer Region stellen Kommunen Angebote zur Verfügung, um das Ehrenamt Feuerwehr attraktiver zu gestalten und so Mitglieder anderer freiwilligen Feuerwehren abzuwerben. Es sollte daher im Interesse der Stadt Hilden und ihrer politischen Vertreter sein, die freiwillige Feuerwehr vor Ort zu stärken. Die SPD Fraktion beauftragt daher die Stadtverwaltung, Vorschläge zur Förderung und Attraktivität des Ehrenamts Feuerwehr zu erarbeiten.“

Ende der Sitzung: 21:00 Uhr

Birgit Alkenings / Datum
Vorsitzende

Geri Schwenger / Datum
Schriftführer/in

Gesehen:

Roland Becker / Datum
Leiter Team Bürgermeisterbüro